



Andreas Gervasoni

Gemeinderatssitzung vom Montag, 08. September 2014

Sanierung der PK Solothurn ja, aber ohne Erhöhung der Gemeindesteuern

Der Dulliker Gemeinderat hatte an seiner letzten Sitzung eine überblickbare Traktandenliste zu bewältigen. Im Zentrum stand die Frage, ob sich die Solothurner Gemeinden an der Sanierung der Staatlichen Pensionskasse PK SO beteiligen sollen. Vorab sprach sich Gemeindepräsident Walter Rhiner für eine Sanierung der Staatlichen Pensionskasse aus. Dies sind wir unserer Lehrerschaft und unserem Staatspersonal schuldig! Der Rat ist der Auffassung, dass es einzig und alleine die Aufgabe des Kantons ist, seine Pensionskasse ins Lot zu bringen. Zwar sind auch die Lehrpersonen der Volksschule, welche von den Einwohnergemeinden angestellt sind, bei der PK SO versichert. Dies jedoch zwangsweise, ohne dass die Gemeinden je ein Wahlrecht hatten. Das Gleiche gilt auch für die Anlagepolitik der PK SO, welche immer durch den Kanton dominiert wurde. So musste die PK SO ihr Vermögen über Jahrzehnte der Solothurner Kantonalbank überlassen, und zwar zu nicht marktkonformen Bedingungen. Weiter unterliess es der Kanton, die Deckungslücke seiner Pensionskasse zu verzinsen. Auf solche und andere Unzulänglichkeiten angesprochen, war an den Delegiertenversammlungen der PK SO immer dasselbe zu hören: Das geht Euch Einwohnergemeinden nichts an. Schliesslich bürgt der Kanton mit der Staatsgarantie für die Verpflichtungen der PK SO. Nun, da dieser Fall eintritt, soll nach Auffassung des Dulliker Gemeinderates diese Staatsgarantie auch tatsächlich zum Tragen kommen. – Desweiteren erachtet es der Dulliker Gemeinderat aus staatspolitischen Überlegungen als völlig falsch, finanzschwache Gemeinden durch eine Sanierungsbeteiligung in Millionenhöhe finanziell in die Enge oder gar an den Abgrund zu drängen. Es kann nicht im wohlverstandenen Interesse des Kantons Solothurn sein, die Gemeinden nun auch noch mit solchen Geschäften zu belasten und deren Spielraum weiter einzuschränken. Der Dulliker Gemeinderat empfiehlt deshalb den Stimmberechtigten, für die Sanierungsvariante ohne Gemeindebeteiligung zu votieren.

In Kürze

- **Regionales Asylwesen ist bestens organisiert:** - Jeanette Dinkel stellte dem Rat die Organisation des Asylwesens der Sozialregion Oberes Niederamt vor, zu welcher die Gemeinden Lostorf, Obergösgen, Starrkirch-Wil, Stüsslingen und Dulliken gehören. Sie wirkt dort als Asylkoordinatorin und ist für rund 70 Asylsuchende zuständig. Der Rat konnte sich davon überzeugen, dass dieser Bereich sehr gut organisiert ist und dass einerseits gut zum Geld geschaut wird, dass aber andererseits auch den zwischenmenschlichen Aspekten Rechnung getragen wird.
- **Anpassung Arbeitszeitregelung in der Gemeindeverwaltung:** - Auf Antrag der Bereichsleiter nahm der Gemeinderat geringfügige Anpassungen bei der Arbeitszeitregelung vor. So wird die Bandbreite der Arbeitszeit ausgedehnt. So dürfen die Mitarbeitenden morgens bereits ab 06.00 Uhr zu arbeiten beginnen. Über den Mittag verordnet der Rat hingegen eine Zwangspause von mindestens einer halben Stunde. Die Schalteröffnungszeiten werden von diesen Änderungen nicht tangiert.
- **Jörg Ackle neuer Stellvertreter des Werkhofchefs:** - Der Rat durfte zur Kenntnis nehmen, dass die Reorganisation des Werkhofs nun abgeschlossen ist. Als letzten offenen Punkt hat der eingesetzte Ausschuss Jörg Ackle als Stellvertreter des Werkhofleiters bestimmt. Dieser wird auch als Lehrlingsbetreuer fungieren. – Der Rat gratuliert und wünscht Jörg Ackle viel Freude und Befriedigung in seinen neuen Funktionen.